



Bundestagswahl 2025

Unentschieden-offen

Karl-Rudolf Korte

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen mit dem Schwerpunkt »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland«. Er leitet dort als Direktor die NRW School of Governance.

Die politische Mitte ist unter Druck. Die vorgezogene Bundestagswahl verstärkt diesen Eindruck. Doch das Ampel-Aus haben nicht nur viele als Erlösung vom Dauerstreit empfunden, sondern auch als Chance, die demokratisch Aufbruchsbereiten auf dem Wählermarkt neu zu mobilisieren. Bislang spricht deshalb viel dafür, dass sich auch bei der vorgezogenen Bundestagswahl historische Muster des Wählens in Deutschland fortsetzen: Wir wählen überwiegend moderat, mittig – und oft mittelmäßig. Das gilt bei Hauptwahlen wie der Bundestagswahl für mehr als 80 Prozent auf dem Wählermarkt. Unabhängig davon radikalisieren sich die politischen Ränder, vor allem mit der AfD auf der rechtsextremen Seite.

Wohin eine Gesellschaft driftet, entscheidet sich aber meist nicht an den politischen Rändern. In Deutschland ist vielmehr weitgehend die politische Mitte ausschlaggebend – und welche Tonalität diese setzt. Sie trägt deshalb große Verantwortung für den Erhalt zivilisatorischer Standards und einer »robusten Zivilität«, wie der britische Historiker Timothy Garton Ash es nennt, zumal wenn sie so breit aufgestellt ist wie hierzulande.

Wer indes zu viel auf die Ränder des politischen Spektrums schaut, kann die politische und gesellschaftliche Mitte aus den Augen und dem Sorgehorizont verlieren. Der auch klima- und kriegsbedingte Zustrom von Geflüchteten erhöht den Verantwortungsdruck auf die Parteien der politischen Mitte. Das gilt gleichfalls für die sozialen Ausgleichsstrategien mit Zumutungen im Bereich von Klima- und Umweltschutz.

Um »enkelfähige« Gestaltungspolitik inklusiv zu entwickeln, das heißt mit den Bürgern und nicht gegen sie, haben auch konservative Parteien ihren Beitrag zu leisten. Der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher prägte deshalb die These, dass die klassischen konservativen und christdemokratischen Parteien nicht nur einen notwendigen Schutz gegen die autoritäre Rechte bilden, sondern auch für die Förderung des notwendigen gesellschaftlichen und politi-

schen Wandels unverzichtbar sind. Hier greift ein Politikparadoxon: CDU und CSU müssten zu Klimaschutzparteien werden, die sich von der Nähe zur fossilen Wirtschaft verabschieden und dadurch Verantwortungsübernahme signalisieren, die das Gemeinwohl sichert. Ist das realistisch oder nur ein frommer Wunsch?

Man hat den Eindruck, dass die neu aufgestellten Grünen um Robert Habeck durchaus Kurs auf Koalitionen mit der Union nehmen. Sie wollen für die linke Mitte, die ehemals progressive Merkel-Mitte, Angebote entwickeln. Die hohe Dynamik auf dem Parteienmarkt fördert solche strategischen Überlegungen, die lange Zeit für den Bund als unrealistisch galten, aber als Möglichkeitsraum anwachsen.

Was länger anhält, ist der Umsturz im Zeitgefühl. Weil sich alles in hoher Geschwindigkeit ändert, nehmen die Nostalgie und die Sehnsucht nach beruhigender Übersichtlichkeit und strukturierter Gegenwart zu. Die Transformationserschöpfungen fördern ein Rollback durch rechte, linke und radikale Diskurse des autoritären Populismus: Früher schien es danach nicht nur übersichtlicher, sicherer und geordneter, sondern auch wohlstandserhaltender. Zudem fördert demografische Angst in schrumpfenden Gesellschaften eine Wagenburgmentalität, die mit allem Fremden fremdelt.

Das könnte leicht aufgefangen werden, wenn die Menschen den Eindruck hätten, in einem funktionierenden Staat zu leben. Faktisch funktioniert hier sicherlich sehr viel – auch und gerade im Vergleich zu anderen Ländern. Aber im immer teurer werdenden Alltag dominieren für viele Menschen die Widrigkeiten, was alles defekt ist: auf der Straße, auf der Schiene, in den sozialen Netzwerken. So hat sich in den letzten Jahren allmählich das Verhältnis von Regierenden und Regierten verkompliziert. Staatsverächtlich sind inzwischen auch manche bürgerlichen Wähler unterwegs, und Hass ist hungrig.

Die überzeugten Rechtsextremen sind auf den Wählermärkten für die Parteien der politischen

Mitte schwer zurückzugewinnen. Aber die Orientierungssuchenden Unzufriedenen, die sich auch bei der AfD sammeln, können sie durchaus mobilisieren. Die Mitte-Parteien müssen sich fragen, wie sie integrationsfähiger werden, wie empathiefähiger. Wie wird man ein guter Gastgeber für den Austausch mit anderen? Mit welcher Aufenthaltsqualität muss der Begegnungsort ausgestattet sein, damit dies gelingt?

Die Dynamik der AfD ist schwer einzuschätzen. Aber viele Wähler finden sich in ihr wieder, weil dort offenbar alles ausgesprochen wird, was sie selbst bedrückt, und weil sie auch alles verstehen, was dort propagiert wird. Diese Erfolgsformel von Populisten muss man nicht imitieren, aber strukturell verstehen. Wer keine Resonanz zu den Wählern aufbaut, kann weder auf deren Vertrauen noch auf ihre Mobilisierbarkeit hoffen.

Wie können die Parteien der pragmatischen, oft adaptiven Mitte den Entfremdungsprozess zwischen sich und den Bürgern stoppen? Die verbale Bedeutungsvermittlung erfordert von ihnen Aufmerksamkeit, Verständnis, Akzeptanz. Zudem setzen notwendige Kohärenzgefühle zur eigenen Lebensorientierung und zum inhaltlichen Angebot der Parteien voraus: den Eindruck von Machbarkeit, Verstehbarkeit der Situation und der Sinnhaftigkeit des Vorgesprochenen.

Wer so spricht, kann Bürger kommunikativ erreichen und wieder Vertrauen aufbauen. Daraus erwächst die Verantwortung, alle Themen, die den Bürgern Sorgen machen, anzusprechen. Und dies in einer Sprache, die auch alle verstehen. Nicht einfache oder verführerische Botschaften sind gemeint, sondern eine »erhellende Vereinfachung« (Joachim Gauck). Es gibt auch 2025 viele Wege, den Durchmarsch von Demokratieverächtern zu verhindern und sich den politischen Empörungsunternehmern zu widersetzen. Der jetzt entfachte neue Wettbewerb um lösungsorientierte Angebote der Mitte-Parteien hat alle Chancen, den demokratischen Raum zu erweitern, wenn wir in der Wählerschaft den Eindruck gewinnen, unser Alltag wird besser. Und genau das steht zur Wahl.